

## Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 11. April 1984

am Donnerstag, dem 12. April 1984

### Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Austermann (CDU/CSU) . . . . .	37, 38	Peter (Kassel) (SPD) . . . . .	31
Bachmaier (SPD) . . . . .	46, 47	Pfuhl (SPD) . . . . .	90
Frau Blunck (SPD) . . . . .	98, 99	Poß (SPD) . . . . .	49
Brück (SPD) . . . . .	93	Rapp (Göppingen) (SPD) . . . . .	78, 79
Carstensen (Nordstrand) (CDU/CSU) . . . . .	8, 85	Frau Reetz (DIE GRÜNEN) . . . . .	6, 7
Catenhusen (SPD) . . . . .	11, 12	Reschke (SPD) . . . . .	76, 77
Dr. Czaja (CDU/CSU) . . . . .	27, 59	Sauer (Salzgitter) (CDU/CSU) . . . . .	3
Frau Dr. Czempel (SPD) . . . . .	72, 73	Schily (DIE GRÜNEN) . . . . .	57, 58
Dr. Diederich (Berlin) (SPD) . . . . .	21, 80	Schmitt (Wiesbaden) (SPD) . . . . .	74, 75
Dolata (CDU/CSU) . . . . .	48	Dr. Schöfberger (SPD) . . . . .	44, 101
Dr. Ehmke (Bonn) (SPD) . . . . .	86, 87	Frau Schoppe (DIE GRÜNEN) . . . . .	39, 40
Dr. Ehmke (Ettlingen) (DIE GRÜNEN) . . . . .	32, 33	Schulze (Berlin) (CDU/CSU) . . . . .	100
Dr. Ehrenberg (SPD) . . . . .	88, 89	Dr. Schwenk (Stade) (SPD) . . . . .	50
Fischer (Homburg) (CDU/CSU) . . . . .	15, 16	Sielaff (SPD) . . . . .	29, 30
Fischer (Osthofen) (SPD) . . . . .	42	Dr. Sperling (SPD) . . . . .	102, 103
Gansel (SPD) . . . . .	19, 20	Stahl (Kempfen) (SPD) . . . . .	13, 14
Heistermann (SPD) . . . . .	25, 53	Dr. Steger (SPD) . . . . .	9, 10
Hoffmann (Saarbrücken) (SPD) . . . . .	94, 95	Stiegler (SPD) . . . . .	43, 54
Horacek (DIE GRÜNEN) . . . . .	55, 56	Stockleben (SPD) . . . . .	91, 92
Dr. Hupka (CDU/CSU) . . . . .	23, 24	Stutzer (CDU/CSU) . . . . .	65, 66
Immer (Altenkirchen) (SPD) . . . . .	83, 84	Vahlberg (SPD) . . . . .	36, 45
Jäger (Wangen) (CDU/CSU) . . . . .	4, 26	Frau Dr. Vollmer (DIE GRÜNEN) . . . . .	28, 41
Kirschner (SPD) . . . . .	5, 104	Vosen (SPD) . . . . .	34, 35
Klein (Dieburg) (SPD) . . . . .	96, 97	Weinhofer (SPD) . . . . .	51, 52
Dr. Klejdzinski (SPD) . . . . .	22, 71	Frau Weyel (SPD) . . . . .	81, 82
Kuhlwein (SPD) . . . . .	1, 2	Würtz (SPD) . . . . .	67, 68
Lowack (CDU/CSU) . . . . .	62	Zander (SPD) . . . . .	17, 18
Frau Dr. Martiny-Glotz (SPD) . . . . .	60, 61	Frau Zutt (SPD) . . . . .	63, 64
Pauli (SPD) . . . . .	69, 70		

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen . . . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie . . . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen . . . . .	5
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern . . . . .	7
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz . . . . .	8
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen . . . . .	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft . . . . .	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten . . . . .	11
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung . . . . .	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit . . . . .	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr . . . . .	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau . . . . .	15

**Geschäftsbereich des Bundesministers für  
Bildung und Wissenschaft**

1. Abgeordneter  
Kuhlwein  
(SPD) Sind der Bundesregierung die Schwierigkeiten bekannt, die junge DDR-Zuwanderer bei einem Studienwunsch in einem der medizinischen Studienfächer seit Einführung des besonderen Auswahlverfahrens haben, weil die besonderen Umstände insbesondere des Bildungsweges derjenigen, die dem DDR-System kritisch gegenüberstanden, nicht mehr berücksichtigt werden können, und denkt die Bundesregierung, hier Abhilfe zu schaffen?
2. Abgeordneter  
Kuhlwein  
(SPD) Sind der Bundesregierung die Schwierigkeiten bekannt, die jungen DDR-Zuwanderern bei der Förderung nach BAföG – abgesehen von der Barriere der hohen Darlehensbelastung – entstehen, wenn sie hier ein Studium ihrer Wahl aufnehmen, in der DDR aber durch ein „Umlenkungsgespräch“ gezwungen ein anderes Studium begonnen hatten oder wegen der ideologischen Einfärbung in der DDR ihr Wunschfach nicht studiert hatten, weil diese Studenten dann mit der Förderungshöchstdauer in Konflikt geraten, und denkt die Bundesregierung daran, für diesen Personenkreis besondere Regelungen einzuführen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für  
innerdeutsche Beziehungen**

3. Abgeordneter  
Sauer  
(Salzgitter)  
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Erhöhung von Ausreisegenehmigungen aus der DDR mit der Aussiedlung von Deutschen aus der Sowjetunion in die DDR zusammenhängt, und wie beurteilt die Bundesregierung diesen Vorgang?
4. Abgeordneter  
Jäger  
(Wangen)  
(CDU/CSU) Wie viele Fälle von Festnahmen von Personen nach dem Verlassen der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Berlin (Ost) sind der Bundesregierung seit Anfang dieses Jahres bekanntgeworden, und hält die Bundesregierung derartige Maßnahmen der DDR-Behörden für vereinbar mit der KSZE-Schlußerklärung von Madrid, in der sich die Teilnehmerstaaten, darunter die DDR, ausdrücklich zur Respektierung des freien Zugangs zu den Missionen anderer Staaten verpflichtet haben?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für  
Arbeit und Sozialordnung**

5. Abgeordneter  
Kirschner  
(SPD) Wie hoch setzt die Bundesregierung den Beschäftigungseffekt an, der durch die Einführung sogenannter flexibler Arbeitszeiten entstehen könnte, und teilt sie die Auffassung des Leiters des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Dieter Mertens, daß individuelle Arbeitszeitverkürzungen die Arbeitslosenzahl lediglich um 80 000 bis 100 000 verringern könnten?



13. Abgeordneter  
**Stahl**  
(Kempen)  
(SPD) Welche Rolle spielt das Nachfolgeprojekt zum SNR 300 in der internationalen Vereinbarung über die Brütertechnologie vom 10. Januar 1984, und wie ist die Arbeit an dem bzw. den Nachfolgeprojekten international aufgeteilt?
14. Abgeordneter  
**Stahl**  
(Kempen)  
(SPD) Gedenkt die Bundesregierung sicherzustellen, daß das in der Bundesrepublik Deutschland vorhandene Know-how in der Brütertechnologie erhalten wird, und für welche Projekte soll es eingesetzt werden?
15. Abgeordneter  
**Fischer**  
(Homburg)  
(SPD) Welche Mittel fließen in die internationale Entwicklung für ein Nachfolgeprojekt zum SNR 300, und welche finanziellen Verpflichtungen hat die Bundesregierung auf Grund internationaler Vereinbarungen übernommen?
16. Abgeordneter  
**Fischer**  
(Homburg)  
(SPD) Wie erklärt die Bundesregierung den Widerspruch zwischen den Aussagen des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Forschung und Technologie im Ausschuß für Forschung und Technologie am 8. Februar 1984, die Industrie müsse einerseits ein Nachfolgeprojekt zum SNR 300 „planen und auch bezahlen“, andererseits „die Bundesregierung fördere . . . die Weiterentwicklung dieser Technologie“, um zu gewährleisten, „daß die Ingenieurmannschaften bei diesen Projekten weiterbeschäftigt werden können“?
17. Abgeordneter  
**Zander**  
(SPD) Wie verteilen sich die Mittel für die Förderung des SNR 300 nach dem derzeitigen Finanzierungsmodell ab 1984 auf die kommenden Jahre und die einzelnen Kostenträger?
18. Abgeordneter  
**Zander**  
(SPD) Wie hoch ist nach Auffassung der Bundesregierung das Betriebskostenrisiko des SNR 300, und wurde inzwischen ein neuer Risikobeteiligungsvertrag abgeschlossen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen**

19. Abgeordneter  
**Gansel**  
(SPD) Welche Ergebnisse haben die Untersuchungen der Bundesregierung erbracht zu der Behauptung, Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland hätten den irakischen Streitkräften Hilfe zur Produktion chemischer Waffen geleistet?
20. Abgeordneter  
**Gansel**  
(SPD) Wie hat die Bundesregierung auf Behauptungen ausländischer Regierungsstellen, z. B. der USA und Israel, Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland hätten den irakischen Streitkräften bei der Produktion chemischer Waffen geholfen, reagiert, und welchen Beitrag will die Bundesregierung zur weltweiten Ächtung der chemischen Waffen leisten?
21. Abgeordneter  
**Dr. Diederich**  
(Berlin)  
(SPD) Warum hat die Bundesregierung nicht offiziell und nachdrücklich an höchster Stelle bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika dagegen protestiert, daß ein Sprecher des State

- Departement eine vom CIA behauptete deutsche Beteiligung bei der Kampfgasproduktion im Irak offengelassen hat, oder kann die Bundesregierung etwa auch nicht ausschließen, daß das Giftgas im Irak in von deutschen Firmen errichteten Chemieanlagen produziert worden ist?
22. Abgeordneter  
**Dr. Klejdzinski**  
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß Staatsminister Möllemann mit Hinweis auf seine Regierungsfunktion für „Germania Edel Pils“ Bildwerbung in Zeitungen (so z. B. in der Münsterschen Zeitung vom 29. März 1984) betreibt, und wenn ja, wie läßt sich diese Handlungsweise mit der Tätigkeit in der Bundesregierung vereinbaren?
23. Abgeordneter  
**Dr. Hupka**  
(CDU/CSU) Wird 1984 von den auswärtigen Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland der Tag der deutschen Einheit zum Anlaß von Feierstunden und Einladungen für offizielle Repräsentationen genommen, oder wird auf den Tag des Inkrafttretens des Grundgesetzes ausgewichen?
24. Abgeordneter  
**Dr. Hupka**  
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung den Tag der deutschen Einheit als den Nationalen Gedenktag der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen entsprechend der Übung anderer Staaten registrieren lassen?
25. Abgeordneter  
**Heistermann**  
(SPD) Auf Grund welcher Bestimmung des NATO-Truppenstatuts kann die Britische Rheinarmee auf dem Truppenübungsplatz Sennelager eine Kampfanlage zur Ausbildung britischer Soldaten für den Einsatz in Irland betreiben?
26. Abgeordneter  
**Jäger**  
(Wangen)  
(CDU/CSU) Treffen nach den Erkenntnissen der Bundesregierung Meldungen zu, nach denen der sowjetische Flugzeuggpilot, dessen Kampfflugzeug im September 1983 eine koreanische Verkehrsmaschine abgeschossen hat, mit einer hohen sowjetischen Auszeichnung geehrt worden ist?
27. Abgeordneter  
**Dr. Czaja**  
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die politischen und rechtlichen Folgen der Abstimmung in der UN-Menschenrechtskommission zu der von ihr mit eingebrachten Resolution zur derzeitigen menschenrechtlichen Lage im polnischen Machtbereich, welche die Forderung enthielt, die Menschenrechte und Grundfreiheiten im Sinne der im UN-Menschenrechtspakt eingegangenen Verpflichtungen ungeschmälert wiederherzustellen und vor äußeren Einmischungen zu schützen, vor allem die Freiheitsbeschränkungen durch die auf das Kriegsrecht folgenden Gesetze sowie die Unterdrückung einer freien gewerkschaftlichen Bewegung (Neue Zürcher Zeitung 16. März 1984) zu beseitigen?
28. Abgeordnete  
**Frau**  
**Dr. Vollmer**  
(DIE GRÜNEN) Ist Dr. Bötcher vom IPS (Industrieverband Pflanzenschutz) bei seinem Versuch, Einfluß auf die Pflanzenschutzgesetzgebung Brasiliens zu nehmen, von der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Brasilien Unterstützung gewährt worden, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung dieses Vorgehen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern**

29. Abgeordneter  
**Sielaff**  
(SPD) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die schweizerische Vereinigung „Nationale Basis Schweiz“ seit Jahren ständigen Kontakt zu Neo-Nazi-Organisationen in ganz Europa, z. B. auch zur „Deutschen Freiheitsbewegung“ des Manfred Roeder und anderen rechtsradikalen Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland, unterhält?
30. Abgeordneter  
**Sielaff**  
(SPD) Schließt die Bundesregierung aus, daß der ständige Kontakt schweizerischer rechtsradikaler Gruppen, wie die „Europäische Verbindungsstelle der Nationalen Kräfte“, zu deutschen Gruppen Ursache dafür sein kann, daß Michael Kühnen sich in die Schweiz abgesetzt hat, und welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, die ständigen Kontakte zwischen Neo-Nazi-Organisationen vom Ausland in die Bundesrepublik Deutschland zu unterbinden?
31. Abgeordneter  
**Peter**  
(Kassel)  
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung den Sachverhalt, daß in einem Leserbrief ein Bediensteter des Bundes unter Angabe der Dienstbezeichnung mitteilt, er würde einem Bundestagsabgeordneten wegen einer Meinungsäußerung in einer öffentlichen Veranstaltung „in den Hintern treten wollen“?
32. Abgeordneter  
**Dr. Ehmke**  
(Ettlingen)  
(DIE GRÜNEN) Inwieweit sollen bei den durch die Bundesregierung angekündigten Verschärfungen der Abgasgrenzwerte für Personenkraftwagen die Dieselfahrzeuge, insbesondere hinsichtlich ihrer Stickoxid-Emissionen, in die verschärften Grenzwertregelungen entsprechend den USA-Grenzwerten einbezogen werden?
33. Abgeordneter  
**Dr. Ehmke**  
(Ettlingen)  
(DIE GRÜNEN) Heißt dies, daß der Nox-Grenzwert von 1,0 Gramm/Meile sowohl für Personenkraftwagen mit Ottomotoren als auch mit Dieselmotoren gleichermaßen gelten wird?
34. Abgeordneter  
**Vosen**  
(SPD) Wie ist der Stand des Genehmigungsverfahrens für den SNR 300 und welche Teil- und Zusatzgenehmigungen werden gerichtlich angefochten?
35. Abgeordneter  
**Vosen**  
(SPD) Welche Teil- und Zusatzgenehmigungen für den SNR 300 werden oder müssen einen öffentlichen Erörterungstermin durchlaufen, und welche Kriterien sind hierfür entscheidend?
36. Abgeordneter  
**Vahlberg**  
(SPD) Welche Konsequenzen ergeben sich nach Auffassung der Bundesregierung aus den erneuten öffentlichen Erörterungen zum SNR 300 für das Genehmigungsverfahren?
37. Abgeordneter  
**Austermann**  
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung nach den bisherigen Expertengesprächen mit der „DDR“ über die Sanierung der Elbe Kenntnis über Art, Herkunft und Umfang der Belastungen durch die DDR und die CSSR?

38. Abgeordneter  
**Austermann**  
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung eine Einladung an die „DDR“ (als einem der Hauptverursacher der Elbverschmutzung und der damit zusammenhängenden Folgen für die Gewässerqualität der Nordsee) zur „Nordseeschutzkonferenz“ für sinnvoll, und wenn nein, warum nicht?
39. Abgeordnete  
**Frau Schoppe**  
(DIE GRÜNEN) Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, ob – wie beim Landeskriminalamt München – auch beim Bundeskriminalamt die Tatsache gespeichert ist, daß jemand Vorsitzender eines Kreisverbandes der GRÜNEN ist?
40. Abgeordnete  
**Frau Schoppe**  
(DIE GRÜNEN) Wenn dies so ist, kann die Bundesregierung Gründe nennen, die es rechtfertigen, daß die Tatsache der Mitgliedschaft oder Funktionsinhabe in einer demokratischen Partei bei den Polizeibehörden gespeichert wird?
41. Abgeordnete  
**Frau Dr. Vollmer**  
(DIE GRÜNEN) Stand das Gespräch, das der Parlamentarische Staatssekretärs Spranger vom Bundesministerium des Innern am Montag, dem 26. März 1984, mit führenden Vertretern der Evangelischen Kirche Deutschlands geführt hat, unter der Thematik „Fragen der Inneren Sicherheit“ im Vorfeld des Evangelischen Kirchentages, die bereits für ein Gespräch im Jahre 1983 vorgesehen war, und/oder welche Themen wurden sonst behandelt?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz**

42. Abgeordneter  
**Fischer**  
(Osthofen)  
(SPD) Treffen Meldungen zu, nach denen der Standort für das Juristische Informationssystem (JURIS) nicht Kassel, sondern Bonn werden soll?
43. Abgeordneter  
**Stiegler**  
(SPD) Wann endlich wird die Bundesregierung über die Fortsetzung von JURIS entscheiden, und wird sie im Zusammenhang mit der Fortsetzung sich auch für den Standort Kassel im Zonenrandgebiet entscheiden?
44. Abgeordneter  
**Dr. Schöfberger**  
(SPD) Kann die Bundesregierung Angaben des Mieterbundes bestätigen, wonach im Jahre 1983 in Großstädten die Zahl der Klagen auf Räumung einer Mietwohnung um 20 v. H. bis 40 v. H. gestiegen ist, und worauf führt die Bundesregierung diese Entwicklung zurück?
45. Abgeordneter  
**Vahlberg**  
(SPD) Kann die Bundesregierung Pressemeldungen bestätigen, wonach beim Deutschen Patentamt in München in den letzten Jahren 402 Prüferplanstellen eingespart und die Prüfdauer von Patentverfahren auf inzwischen durchschnittlich  $3\frac{1}{4}$  Jahre angestiegen ist?
46. Abgeordneter  
**Bachmaier**  
(SPD) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß – wie im Jahre 1980 – auch im Jahre 1982 bei Strafverfahren, in denen die Angeklagten in Untersuchungshaft saßen, in etwa 50 v. H. aller Fälle die Verfahren ohne eine zu verbüßende Freiheitsstrafe abgeschlossen wurden, und wie hoch ist diese Quote, aufgeteilt auf Verfahren nach dem Jugendstrafrecht und nach dem Erwachsenenstrafrecht?

47. Abgeordneter  
**Bachmaier**  
(SPD)
- Zu welchem Ergebnis hat die in diesem Zusammenhang vom Staatssekretär beim Bundesjustizminister Dr. Kinkel am 28. Januar 1983 (Drucksache 9/2404, S. 5) angekündigte Prüfung geführt, den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit bei Bagatelldelikten stärker zu konkretisieren und den § 113 StPO eventuell zu novellieren?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen**

48. Abgeordneter  
**Dolata**  
(CDU/CSU)
- Was unternimmt die Bundesregierung, als Hauptaktionär der Braunschweigischen Kohlebergwerke AG ihrer Verantwortung dahin gehend Rechnung zu tragen, daß sie die Inbetriebnahme des Kraftwerkes Buschhaus so lange verhindert, bis die Entschwefelungsanlage eingebaut ist?
49. Abgeordneter  
**Poß**  
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die u. a. in der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 23. Februar 1984 veröffentlichte Auffassung der Deutschen Steuergewerkschaft, nach der die Bundesrepublik Deutschland „die Steuermoral einer Bananenrepublik“ hat?
50. Abgeordneter  
**Dr. Schwenk**  
(Stade)  
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Steuerpflicht getrenntlebender und geschiedener Unterhaltsverpflichteter sowohl gegenüber dem Staat als auch gegenüber öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften ansteigt, sobald ihre Unterhaltspflichtung pro Jahr 9 000 DM übersteigt und sie damit trotz vergleichbarer Unterhaltspflicht eines in Ehegemeinschaft Lebenden höher ist und Ungleichbehandlung signalisiert, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun?
51. Abgeordneter  
**Weinhofer**  
(SPD)
- Liegt der Bundesregierung entsprechend ihrer Ankündigung vom 29. April 1982 nunmehr „gutes tragfähiges Material über die Wirkungen des Bauherrenmodells“ vor (Sitzungsprotokoll 9/97) bzw. welche Erkenntnisse bezüglich des jährlichen Steuerausfalls hat die Überprüfung des Zahlenmaterials des „Kapitalanlage-Informationszentrums GmbH“ in Oberursel ergeben?
52. Abgeordneter  
**Weinhofer**  
(SPD)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, daß vor allem Abschreibungsgesellschaften im Wege des Bauherrenmodells auf Kosten des Steuerzahlers und z. T. der Bauherren in großem Umfang Wohnraum erstellen ließen, der sich nunmehr wegen der überhöhten Quadratmeterpreise als kaum vermietbar erweist (vgl. Spiegel Nr. 49/83, S. 71 ff.)?
53. Abgeordneter  
**Heistermann**  
(SPD)
- Wann haben deutsche Stellen die Baumaßnahmen für dieses Ausbildungslager auf dem Truppenübungsplatz Sennelager genehmigt, und wurden diese mit der politischen Gemeinde Schlangen abgestimmt?

54. Abgeordneter  
Stiegler  
(SPD)
- Billigt die Bundesregierung vom US-Verteidigungsministerium herausgegebene Verhaltensvorschriften für Arbeitnehmer bei den US-Streitkräften, in denen es heißt, „es wird von jedem deutschen Arbeitnehmer bei den US-Streitkräften erwartet, daß er . . . seine Loyalität zu seinem Arbeitgeber, den US-Streitkräften, über die Loyalität zu Einzelpersonen, Parteien oder Regierung (!) stellt“ oder wird sie gegenüber der amerikanischen Regierung darauf drängen, daß diese Verhaltensvorschriften (DALOTAR-PM/AR 600-50) abgeändert werden?

### Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

55. Abgeordneter  
Horacek  
(DIE GRÜNEN)
- Gibt es in der Bundesrepublik Deutschland Produktions- oder andere Vertriebsfirmen, die chemische Produktions- oder Versuchsanlagen an den Irak liefern, die entweder direkt oder nach technischen Veränderungen chemischen Waffen dienen könnten?
56. Abgeordneter  
Horacek  
(DIE GRÜNEN)
- Wie viele und welche Firmen in der Bundesrepublik Deutschland gibt es, die Chemikalien, chemische Produktions- bzw. Versuchsanlagen an den Irak geliefert haben oder liefern?
57. Abgeordneter  
Schily  
(DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß die von ihr im Entwurf eines dritten Gesetzes zur Änderung des Waffengesetzes (Bundratsdrucksache 547/83) beantragte Änderung des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen (Herabsetzung der Mindeststrafe von einem Jahr auf sechs Monate) Auswirkungen hat auf das beim Landgericht Düsseldorf anhängige Strafverfahren gegen Mitarbeiter der Firma Rheinmetall, welche angeklagt sind, unter falschen Angaben Waffen u. a. nach Argentinien geliefert und damit gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz verstoßen zu haben?
58. Abgeordneter  
Schily  
(DIE GRÜNEN)
- Wenn ja, billigt die Bundesregierung diese möglicherweise strafmildernden Auswirkungen, die eine Teilamnestie bedeuten könnten?
59. Abgeordneter  
Dr. Czaja  
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung für einen Abbau der hohen polnischen Verschuldung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland durch Entwicklung der polnischen Außenwirtschaft und Produktivität, ist insbesondere die Produktion in Polen dem Wettbewerb ausgesetzt und das Preisgefüge am Weltmarkt orientiert?
60. Abgeordnete  
Frau  
Dr. Martiny-  
Glotz  
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Rückrufaktionen es von Wirtschaftsunternehmen seit 1972 in den einzelnen Jahren gab?
61. Abgeordnete  
Frau  
Dr. Martiny-  
Glotz  
(SPD)
- Wie hoch beziffern sich nach Kenntnis der Bundesregierung die entstandenen Schäden, die den Rückrufaktionen vorausgingen?

### Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

62. Abgeordneter  
Lowack  
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, eine Entschädigung der Waldbesitzer im Frankenwald und Fichtelgebirge sicherzustellen, nachdem durch Immissionen aus anderen Teilen der Bundesrepublik Deutschland zwischenzeitlich ca. 72 v. H. des Kiefern-, ca. 80 v. H. des Fichten- und ca. 97 v. H. des Tannenbestandes beschädigt und teilweise im Absterben begriffen sind?
63. Abgeordnete  
Frau  
Zutt  
(SPD) Warum wirken sich die Sparmaßnahmen der am letzten Wochenende im März in Brüssel beschlossenen EG-Agrarregelungen noch nicht im nächsten Jahr aus, sondern werden frühestens in zwei Jahren sichtbar?
64. Abgeordnete  
Frau  
Zutt  
(SPD) Ist bei dem EG-Agrarkompromiß und den daraus abgeleiteten Mehrkosten unterstellt, daß bis 1989 keine weiteren Preisänderungen vorgenommen werden?
65. Abgeordneter  
Stutzer  
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung angeben, wie viele Schweinswale und Tümmler es 1960 gab und heute im Wattenmeer vor der deutschen Nordseeküste gibt, und wie will die Bundesregierung verhindern, daß diese Tiere im Wattenmeer aussterben?

### Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

66. Abgeordneter  
Stutzer  
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Luftwaffe — zum Teil im Tiefflug — an der Nordseeküste über den Seehundbänken übt, was dazu führen würde, daß als Folge des hierdurch gestörten Geburtsvorganges nicht nur viele Muttertiere, sondern vor allem auch die Jungtiere verenden, wenn ja, wird sie die Luftwaffe anweisen, künftig diese Schutzgebiete bei ihren Übungen auszusparen?
67. Abgeordneter  
Würtz  
(SPD) Gibt es im Rahmen der NATO die Forderung an die Bundesmarine, für Geleitschutzaufgaben vor der französischen und Beneluxküste mindestens zwei Fregatten aus dem Bestand der deutschen Marinestreitkräfte zur Verfügung zu stellen?
68. Abgeordneter  
Würtz  
(SPD) Welche konkreten Ergebnisse haben die Bemühungen des Bundesministers der Verteidigung erbracht, den Leerlauf im täglichen Dienstbetrieb (das „Gammeln“) abzuschaffen?
69. Abgeordneter  
Pauli  
(SPD) Wie viele Bedienstete des Ernst-Rodenwaldt-Institutes in Koblenz üben in welchem Umfang Nebentätigkeiten aus, bzw. wie groß sind die hieraus entstehenden Einnahmen für den Bund?
70. Abgeordneter  
Pauli  
(SPD) Welche Gründe sind dafür maßgebend gewesen, daß die Abteilung „Klinische Chemie“ des Ernst-Rodenwaldt-Institutes in Koblenz nahezu aufgelöst wurde, und auf wessen Anregung geht dies zurück?

71. Abgeordneter  
**Dr. Klejdzinski**  
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß für die Anlage des Munitionsdepots am Bevergerner Damm in Saerbeck noch weitere elf Hektar Wald abgeholzt werden sollen, nachdem bereits sieben Hektar ohne die betreffenden Gemeinden zu beteiligen, gerodet worden sind, und wenn ja, was hat die Bundesregierung veranlaßt, um die Eingriffe in die Natur so gering wie möglich zu halten?
72. Abgeordnete  
**Frau**  
**Dr. Czempiel**  
(SPD) Welche Stellungnahme hat das Land Hessen nach dem Anhörungsverfahren in Sachen NATO-Versorgungslager in Wächtersbach/Brachtal (Hessen) abgegeben, und ist die Bundesregierung bereit, diesem Votum der Landesregierung zu folgen?
73. Abgeordnete  
**Frau**  
**Dr. Czempiel**  
(SPD) Kann die Bundesregierung verbindlich zusichern, daß der einst geplante Ausbau eines NATO-Munitionsdepots am Herzberg/Leisenwald nicht mehr erfolgen wird?
74. Abgeordneter  
**Schmitt**  
(Wiesbaden)  
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, die Proteste und Bedenken aus Mainz, Wiesbaden und dem Rheingau-Taunus-Kreis gegen die Hubschrauberstationierung bei ihrer Stellungnahme gegenüber den US-Streitkräften zu berücksichtigen?
75. Abgeordneter  
**Schmitt**  
(Wiesbaden)  
(SPD) Hat die Bundesregierung der Reaktivierung des militärischen Geländes in Wiesbaden-Erbenheim inzwischen zugestimmt, oder beabsichtigt sie eine solche Zustimmung?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit**

76. Abgeordneter  
**Reschke**  
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, das 1981 eingeleitete Modellprogramm „Psychiatrie“ der Bundesregierung 1985 und 1986 aus Bundesmitteln weiter zu fördern?
77. Abgeordneter  
**Reschke**  
(SPD) Welche gesetzlichen Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den vielfältigen Erfahrungen der seit Vorlage der Psychiatrie-Enquete entstandenen neuartigen psychiatrischen Dienste u. a. mit Hilfe des Modellverbundes ambulante psychiatrische und psychotherapeutische und psychosomatische Versorgung, und sind in Kürze gesetzliche Vorlagen zu erwarten zur Änderung des Leistungsrechts?
78. Abgeordneter  
**Rapp**  
(Göppingen)  
(SPD) Hat die Bundesregierung einen Überblick, ob und in welcher Weise die seit der Ersten Verordnung zur Änderung der Tabakverordnung vom 11. Oktober 1982 geltende Pflicht zur Anbringung von Warnhinweisen auf den Packungen und in der Werbung für gewisse Tabakerzeugnisse sich ausgewirkt hat auf den mengenmäßigen Verbrauch dieser Erzeugnisse, auf die Verbrauchergewohnheiten und auf die Herstellung und das Angebot der betreffenden Tabakwaren?

79. Abgeordneter  
**Rapp**  
(Göppingen)  
(SPD) Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, daß Jugendliche in immer jüngeren Jahren rauchen — andere Altersgruppen den Tabakkonsum eher einschränken —, und welche Folgen für die Gesundheit beziehungsweise welche Folgerungen für die Gesundheitspolitik würden sich daraus gegebenenfalls ergeben?
80. Abgeordneter  
**Dr. Diederich**  
(Berlin)  
(SPD) Trifft es zu, daß eine Reisegruppe aus 80 Mitgliedern der „Jungen Union“ aus Münster und Hamburg Zuschüsse aus dem Bundesjugendplan für eine Rußlandreise beantragt hat, und würden Zuschüsse auch gewährt, wenn es zutrifft, daß diese Gruppe das Flugzeug nach Moskau in Berlin-Schönefeld besteigen wird?
81. Abgeordnete  
**Frau Weyel**  
(SPD) Wann wird die Bundesregierung die lange vorbereitete Schadstoffverordnung vorlegen, die Grenzwerte für Schwermetalle, PCB und andere Chemikalien in Lebensmitteln festlegt, und wie können die Verbraucher in der Zwischenzeit vor schadstoffbelasteten Lebensmitteln und schadstoffbelasteter Milch geschützt werden?
82. Abgeordnete  
**Frau Weyel**  
(SPD) Welche Regelungen, Verordnungen oder Gesetze verbieten es den Molkereien, mit Schadstoffen wie HCH über der erlaubten Höchstmenge belastete Milch zu vermischen, wie der Parlamentarische Staatssekretär Frau Karwatzki in der Fragestunde am 28. März 1984 aussagte, und wie beurteilt es die Bundesregierung, wenn dessenungeachtet HCH-verseuchte Milch mit unbelasteter Milch in den Molkereien vermischt wird (vgl. „Schaumburger Nachrichten“ vom 26. März 1984)?
83. Abgeordneter  
**Immer**  
(Altenkirchen)  
(SPD) Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der in der Zeitschrift „Fleischwirtschaft“, 63. Jahrgang, November 1983, Heft 11, veröffentlichten positiven Stellungnahme des Professors Kampelmann vom Reichsinstitut für die Volksgesundheit der Niederlande, zum Problem der Lebensmittelbestrahlung als einer neuen Technologie zur Haltbarmachung und zur hygienischen Sicherung von Lebensmitteln?
84. Abgeordneter  
**Immer**  
(Altenkirchen)  
(SPD) Wird die Bundesregierung und gegebenenfalls aus welchen Gründen die Einfuhr von „bestrahlten“ Lebensmitteln gestatten und auch solche Verfahren im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zulassen oder welche Bedenken stehen dem entgegen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr**

85. Abgeordneter  
**Carstensen**  
(Nordstrand)  
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung die Möglichkeit und die Notwendigkeit, international darauf hinzuwirken, daß gefährliche Güter (z. B. Giftfässer) im Schiffsverkehr in mit Signaleinrichtungen versehenen Containern an Oberdeck transportiert werden, um dadurch ein leichteres Auffinden der Fracht bei einem eventuellen Verlust in stürmischer See zu ermöglichen?

86. Abgeordneter  
**Dr. Ehmke**  
**(Bonn)**  
**(SPD)** Welche Netzkonzeption legt die Bundesregierung der Verkehrsplanung für die Bundeshauptstadt Bonn zu Grunde, und welche Prioritäten setzt sie für den Ausbau der einzelnen Netzelemente?
87. Abgeordneter  
**Dr. Ehmke**  
**(Bonn)**  
**(SPD)** In welcher Höhe veranschlagt die Bundesregierung die erforderlichen Finanzmittel für die Projekte Ennerttunnel, Venusbergtunnel, Reutertunnel, Godesberger Tunnel, und welche finanzielle Beteiligung der Stadt Bonn für die einzelnen Projekte hält sie für erforderlich?
88. Abgeordneter  
**Dr. Ehrenberg**  
**(SPD)** Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, ob die nach einer Meldung der Nord-West-Zeitung vom 16. August 1983 von Staatssekretär Dr. von Geldern zugesagten 120 000 DM zur Ausbaggerung des Fahrwassers von Harlesiel nach Wangerooge inzwischen bereitgestellt sind?
89. Abgeordneter  
**Dr. Ehrenberg**  
**(SPD)** Wieweit ist die bei derselben Besuchsreise von Staatssekretär Dr. von Geldern in Aussicht gestellte Klärung der umstrittenen Kompetenzfragen beim Harle-Fahrwasser fortgeschritten?
90. Abgeordneter  
**Pfuhl**  
**(SPD)** Ist der Bundesregierung bekannt, daß beabsichtigt ist, an der Staumauer des Edersees Prüfungsarbeiten durchzuführen, und wie gedenkt sie die durch das Ablassen des Wassers für die anliegenden Gemeinden entstehenden Schäden im Fremdenverkehr aufzufangen?
91. Abgeordneter  
**Stockleben**  
**(SPD)** Treffen Aussagen des Präsidenten der Deutschen Bundesbahn zu, wonach ca. 11 000 Bahnbrücken in der Bundesrepublik Deutschland sanierungsbedürftig sind?
92. Abgeordneter  
**Stockleben**  
**(SPD)** Welches Finanzvolumen müßte zur Sanierung dieser Brücken gegebenenfalls bereitgestellt werden, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, zur Unterstützung der wieder erlahmenden Baukonjunktur derartige Vorhaben in Angriff zu nehmen?
93. Abgeordneter  
**Brück**  
**(SPD)** Wie ist zur Zeit der Stand der Überlegungen zur Stilllegung von Ausbesserungswerken der Deutschen Bundesbahn, und wann ist mit einer Entscheidung zu rechnen?
94. Abgeordneter  
**Hoffmann**  
**(Saarbrücken)**  
**(SPD)** Sind der Bundesregierung Meldungen bekannt, nach denen die Bundesbahnausbesserungswerke Weiden und Fulda aus der Stilllegungsrangliste herausgenommen oder neu bewertet wurden?
95. Abgeordneter  
**Hoffmann**  
**(Saarbrücken)**  
**(SPD)** Ist der Bundesregierung bekannt, ob und gegebenenfalls von wem neue Gutachten über die Wirtschaftlichkeit von Bundesbahnausbesserungswerken in Auftrag gegeben worden sind?

96. Abgeordneter  
**Klein**  
(Dieburg)  
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Schäden an Privathäusern und Grundstücken finanziell immer noch nicht ausgeglichen sind, die beim Bau der Staustufe Krotzenburg/Main entstanden sind, die mit einem Kostenaufwand von 82 Millionen DM errichtet wurde?
97. Abgeordneter  
**Klein**  
(Dieburg)  
(SPD) Wird die Bundesregierung auf die beim Bau beteiligten Firmen einwirken mit dem Ziel, daß die Versicherungen dieser Unternehmen alsbald die noch offenen Fragen klären und die Anlieger, die Schäden an Häusern und Einfriedungen hatten, finanziell entschädigen?
98. Abgeordnete  
**Frau**  
**Blunck**  
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß Öltanker Spezialchemikalien mit sich führen, die dazu dienen, ausgelaufenes oder eingeleitetes Öl sofort auf den Meeresboden sinken zu lassen, so daß dieses von Flugzeugen oder anderen Überwachungsrichtungen nicht mehr festgestellt werden kann?
99. Abgeordnete  
**Frau**  
**Blunck**  
(SPD) Was gedenkt die Bundesregierung im Hinblick auf die zur Verhinderung von unzulässigen Öleinleitungen geplante Luftüberwachung der Nordsee zu tun, um Meeresverschmutzungen, die mit diesen Spezialchemikalien verheimlicht werden sollen, doch noch aufspüren und entsprechend ahnden zu können?
100. Abgeordneter  
**Schulze**  
(Berlin)  
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die DDR trotz wiederholter parlamentarischer und öffentlicher Kritik an dem schlechten Fahrbahnzustand auf der Süd-Autobahn — speziell vor Hof — bisher nichts unternommen hat, um diesen Mangel abzustellen, und gedenkt die Bundesregierung, gegebenenfalls die DDR nachdrücklich daran zu erinnern, daß die DDR bei einer jährlichen Zahlung einer Transitpauschale von 525 Millionen DM eine Straßenunterhaltungspflicht für die Transitstrecken hat?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

101. Abgeordneter  
**Dr. Schöfberger**  
(SPD) Wird sich der Bund an den bereits laufenden Verhandlungen zwischen dem Freistaat Bayern und der Landeshauptstadt München über die Nachsubventionierung von Sozialwohnungen beteiligen und dabei entsprechend dem Vorschlag des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt München (Schreiber vom 15. März 1984 an Bundesminister Dr. Schneider) seine Beteiligung an der Nachsubventionierung im Wege erhöhter Mittelzuweisungen an den Freistaat Bayern einbringen?
102. Abgeordneter  
**Dr. Sperling**  
(SPD) Wie hoch schätzt die Bundesregierung den Investitionsbedarf für Zwecke der Stadtsanierung in den Städten und Gemeinden der Bundesrepublik Deutschland in den kommenden Jahren ein?
103. Abgeordneter  
**Dr. Sperling**  
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, in den kommenden Jahren weiterhin Mittel für die Städtebauförderung im bisherigen Umfang zur Verfügung zu stellen?

104. Abgeordneter  
**Kirschner**  
(SPD)

Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Feststellung des Präsidenten des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Günther Herion, daß im Wohnungsbau, bei dem schon 1983 die Nachfrage wieder abflaute, ein neuerliches Tief in Sicht sei (dpa 5. April 1984)?

Bonn, den 6. April 1984